

**RECHTSGRUNDLAGEN**

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), geändert durch Gesetz vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587)

Bauutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

Planzeichenverordnung (PlanZV) i. d. F. vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057)

Landesbauordnung (LBO) i. d. F. vom 05.03.2010 (GBl. S. 357, ber. S.416), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2019 (GBl. S. 313)

Gemeindeordnung (GemO) i. d. F. vom 24.07.2000 (GBl. S. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2020 (GBl. S. 259)

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können bei der Stadt Ravensburg, Stadtplanungszentrum, eingesehen werden.

Mit In-Kraft-Treten des Bebauungsplanes treten im Geltungsbereich alle bisherigen Festsetzungen außer Kraft. In Ergänzung der Planzeichnung wird Folgendes festgesetzt:

**Planungsrechtliche Festsetzungen**

WA 1	0,35
1,2	a1
WH/GH siehe Pläneintrag	
<b>Örtliche Bauvorschriften</b>	
SD/WD	MD
DN	DN
30° - 50°	30° - 70°

**Planungsrechtliche Festsetzungen**

WA 2	GR 350
GF 700	a2
WH/GH siehe Pläneintrag	
<b>Örtliche Bauvorschriften</b>	
SD/WD	MD
DN	DN
30° - 50°	30° - 70°
FD	DN
0° - 12°	

**TEXTLICHE FESTSETZUNGEN MIT PLANZEICHENERKLÄRUNG**

**A PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**

- 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- WA** Allgemeines Wohngebiet (WA) (§ 4 BauNVO)  
Allgemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen. Zutlassig sind:  
- Wohngebäude  
- die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Spielwirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,  
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.  
Ausnahmsweise können zugelassen werden  
- Betriebe des Beherbergungswesens,  
- Anlagen für Verwaltungen,  
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.  
Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind in den §§ 4 Abs. 3 Nr. 4 und Nr. 5 genannten Ausnahmen (Gartenbaubetriebe, Tankstellen) nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

- 2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 Abs. 2 BauNVO)

- 0,35' beispielhaft  
GR 350' beispielhaft  
1,2' beispielhaft  
GF 700' beispielhaft
- 2.1 Höchstzulässige Grundflächenzahl (GRZ) §§ 16 Abs. 2 Nr. 1 und 19 Abs. 1 und 4 BauNVO  
2.2 Höchstzulässige Grundfläche (GR) §§ 16 Abs. 2 Nr. 1 und 19 Abs. 2 und 4 BauNVO  
2.3 Höchstzulässige Geschossflächenzahl (GFZ) §§ 16 Abs. 2 Nr. 2 und 20 Abs. 2 BauNVO  
2.4 Höchstzulässige Geschossfläche (GF) §§ 16 Abs. 2 Nr. 2 und 20 Abs. 3 BauNVO

- 2.5 Berechnung der Geschossfläche  
In den Allgemeinen Wohngebieten WA1 ist die Wandhöhe (WH) beim Satteldach bzw. Walmdach das traufseitig gemessene Maß zwischen der im Mittel gemessenen Straßenhöhe, gemessen jeweils in der Mitte der der Straße zugewandten Gebäudesseite und dem Scheitelpunkt der Außenwand mit der Oberfläche der Dachhaut.  
2.6 Höchstzulässige Wandhöhe (WH) § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO  
Im Allgemeinen Wohngebiet WA1 ist die Wandhöhe (WH) beim Satteldach bzw. Walmdach das traufseitig gemessene Maß zwischen der im Mittel gemessenen Straßenhöhe, gemessen jeweils in der Mitte der der Straße zugewandten Gebäudesseite und dem Scheitelpunkt der Außenwand mit der Oberfläche der Dachhaut.  
2.7 Beim Flachdach gilt als oberer Messpunkt der Wandhöhe die Oberkante der Attika bzw. bei Dachterrassen die Oberkante des Geländers.  
Im Allgemeinen Wohngebiet WA2 ist die Wandhöhe (WH) in m ü. NN festgesetzt. Sie ist definiert durch den Schnittpunkt der Außenwand mit der Oberfläche der Dachhaut.  
Eine Überschreitung der Wandhöhe ist durch Balkon- und Terrassengeländer sowie Dachaufbauten gemäß § 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO entsprechend den örtlichen Bauvorschriften zulässig.

- 2.8 Höchstzulässige Gebäudehöhe (GH) § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO  
Im Allgemeinen Wohngebiet WA1 ist die höchstzulässige Gebäudehöhe festgesetzt in m über der im Mittel gemessenen Straßenhöhe, gemessen jeweils in der Mitte der der Straße zugewandten Gebäudesseite.  
2.9 Im Allgemeinen Wohngebiet WA2 ist die höchstzulässige Gebäudehöhe in m ü. NN festgesetzt.  
2.10 Höchstzulässige Höhe untergeordneter Bauteile und technischer Aufbauten § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO  
Untergeordnete Bauteile und technische Aufbauten mit Ausnahme von Anlagen zur Solarenergiegewinnung sind mit einer Höhe von maximal 1,50 m auf Dachflächen von Hauptgebäuden (vertikal gemessen) zulässig. Eine Überschreitung der höchstzulässigen Wand- oder Gebäudehöhe mit diesen ist zulässig.  
Anlagen zur Solarenergiegewinnung sind mit einer Höhe von maximal 1,20 m auf Dachflächen von Hauptgebäuden (vertikal gemessen) zulässig. Eine Überschreitung der höchstzulässigen Wand- oder Gebäudehöhe mit diesen ist zulässig.

- 2.11 Höchstzulässige Höhe von Garagen, Carports und Gebäuden als Nebenanlage § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO  
In den Flächen für Garagen, Carports, Stellplätze und Nebenanlagen des Allgemeinen Wohngebiets WA1, welche mit A gekennzeichnet sind, sind Garagen, Carports sowie Nebenanlagen nach § 14 BauNVO und nach § 23 Abs. 5 Satz 2 BauNVO, sofern es sich um Gebäude handelt, bis zu einer Höhe von 16,5 m über der im Mittel gemessenen Straßenhöhe der Banneggsstraße, gemessen jeweils in der Mitte der der Straße zugewandten Gebäudesseite bzw. Anlagenseite zulässig.  
In den Flächen für Garagen, Carports, Stellplätze und Nebenanlagen des Allgemeinen Wohngebiets WA2, welche mit B gekennzeichnet sind, sind Garagen, Carports sowie Nebenanlagen nach § 14 BauNVO und nach § 23 Abs. 5 Satz 2 BauNVO, sofern es sich um Gebäude handelt, bis zu einer Höhe von 16,5 m über der im Mittel gemessenen Straßenhöhe der Straße Seeblick, gemessen jeweils in der Mitte der der Straße zugewandten Gebäudesseite bzw. Anlagenseite zulässig.

- 3. BAUWEISE / ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

- 3.1 Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)  
3.2 Abweichende Bauweise (a) § 23 Abs. 4 BauNVO  
a1: Im Allgemeinen Wohngebiet WA1 sind Hauptgebäude bis zu einer Länge von 15m entlang der Banneggsstraße zulässig.  
a2: Im Allgemeinen Wohngebiet WA2 sind Hauptgebäude bis zu einer Länge von 22m entlang der Straße Seeblick zulässig.  
Im gesamten Gebiet beträgt die Tiefe der erweiterten seitlichen Grenzabstände für Hauptgebäude mind. 3m.  
Ausnahmsweise können Tiefgaragen in den erweiterten seitlichen Grenzabständen zugelassen werden, um die Funktionsfähigkeit der Tiefgarage zu gewährleisten.  
3.3 Stellung der Hauptbaukörper (Hauptfriesrichtung)  
Die Stellung der baulichen Anlagen ergibt sich, beim Satteldach und Mansarddach durch die parallele Anordnung des Hauptbaukörpers zur festgesetzten Hauptfriesrichtung. Abweichungen um +/- 5° sind zulässig.

- 4. GARAGEN, CARPORTS, STELLPLÄTZE UND FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN** (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

- Umgrünung von Flächen für Garagen, Carports, Stellplätze und Nebenanlagen in den Allgemeinen Wohngebieten WA sind Garagen (Ga), Carports (Cp), Stellplätze (St) sowie Nebenanlagen (Na) nach § 14 BauNVO und nach § 23 Abs. 5 Satz 2 BauNVO, sofern es sich um Gebäude handelt, nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und in den hierfür festgesetzten Flächen zulässig.

- 5. VERKEHRSFLÄCHE** (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- 5.1 Öffentliche Verkehrsfläche  
5.2 Straßenbegrenzungslinie

- 6. GRÜNFLÄCHE** (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- Private Grünfläche  
Innerhalb der privaten Grünflächen sind Nebenanlagen aller Art sowie Baustelleneinrichtungen und die Lagerung von Baustoffen und Bodenaushub nicht zulässig.

**7. PLANUNGEN; NUTZUNGSREGELUNGEN; MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT** (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- 7.1 Dachbegrünung  
Flachdächer bzw. flach geneigte Dächer von Hauptgebäuden mit einer Neigung von weniger als 12° sind mit einer Substratschicht von mindestens 0,12 m zu versehen und zu begrünen. Hieron ausgenommen sind ausschließlich Dachterrassen und Flächen für technische Aufbauten. Flächen unter Anlagen für die Solarenergiegewinnung sind zu begrünen.  
7.2 Erdüberdeckung von Tiefgaragen und sonstigen unterirdischen Gebäudeteilen  
Tiefgaragen und sonstige unterirdische Gebäudeteile sind mit einer Substratschicht von mindestens 0,6 m, im Bereich von Planungen:  
- kleinkrönigen Bäume von mindestens 0,8 m  
- mittelkrönigen Bäume von mindestens 1,2 m  
zu versehen und zu begrünen.  
7.3 Artenschutz  
Rudungen sind ausschließlich in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar durchzuführen, um keine Verletzungsrisiken nach § 44 BauNVO auszulösen. Vor der Rodung sind die Gehölze auf Stamm- und Asthöhen zu untersuchen, um sicherzugehen, dass keine Ruhestätten höhlenbewohnender Tierarten zerstört werden. Bei Umbau- und Abrissmaßnahmen an bestehenden baulichen Anlagen ist zu prüfen, ob Tiere der besonders geschützten Arten verletzt, getötet, ihre Entwicklungsfolge oder Ruhe-, Nist-, Brut- oder Wohnstätten gestört werden (§ 44 BauNVO). Ist dies der Fall, so ist eine Entscheidung der zuständigen Naturschutzbehörde einzuholen.

- 7.4 Verwendung insektenschonender Straßenbeleuchtung  
Es sind insektenfreundliche Leuchtmittel (z. B. Natrium-Niederdrucklampen oder Lampen mit gleicher Funktionsfüllung - LED) zu verwenden, die vollständig und dicht eingekoppelt sind. Der Lichtpunkt befindet sich im Gehäuse, der Lichtstrahl ist nach unten auszurichten. Flächig angebrachte Wände sind zu vermeiden. Die maximale Höhe der Masten ist auf 6 m zu beschränken.  
7.5 Verwendung reflexionsarmer Photovoltaik- und Solarthermieanlagen  
Es sind reflexionsarme Photovoltaik- und Solarthermiekollektoren zu verwenden. Die Anlagen dürfen nicht mehr als 6 % polarisiertes Licht (3 % je Solarthermie) reflektieren. Die Anlagenelemente müssen dem neuesten Stand des Irrstrahlenschutzes bei PV-Anlagen entsprechen. Es sind entspiegelte und monokristalline Module aus mattem Strukturglas zu verwenden.

- 7.6 Umgrünung von Flächen mit Nutzungsregelungen und Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft; Massnahmen: Erhalt des naturnahen Gehölzbestands (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)  
In den gekennzeichneten Bereichen sind nachfolgende Nutzungsregelungen und Massnahmen festgesetzt:  
- Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm und Baumgruppen, wenn wenigstens ein Stamm einen Umfang von mindestens 50cm, gemessen 100cm ober Erdboden, hat, sind durch fachgerechte Pflege dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen.  
7.7 Befestigung von Wegen, Stellplätzen, Unterhaltungswegen und Zufahrten  
Private Fuß-, Rad- und Unterhaltungswege, private Kfz-Stellplätze mit Ausnahme der Fahrgassen und Zufahrten sind mit offengründigen Belägen zu erstellen. Geeignete Beläge sind insbesondere: Schotterrasen und Rasenpflaster

**8. SONSTIGE PLANZEICHEN**

- 8.1 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)  
8.2 Abgrenzung unterschiedlicher Art und/oder Maß der baulichen Nutzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB)  
8.3 Geländeanpassung an die Verkehrsfähigkeit (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)  
Zur Herstellung des Straßenbaukörpers sind in den an die Straßenverkehrsfläche angrenzenden privaten Grundstücksflächen unterirdische Stützwerke entlang der Grundstücksgrenze in einem Streifen mit einer Tiefe von 0,5 m zulässig.

**C ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN** (§ 74 LBO)

**1. ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN** (§ 74 Abs. 1 LBO)

- SD/WD' beispielhaft  
DN 35° - 50°' beispielhaft
- 1.1 Dachform und Dachneigung in Grad  
Satteldach (SD) Walmdach (WD) Mansarddach (MD) Flachdach (FD)  
Die Dachformen der Hauptkörper von Hauptbaukörpern sind gemäß den Eintragungen in den Nutzungsbeschreibungen des Lageplans vorgeschrieben.  
1.2 Dachneigung in Grad  
Die Dachneigungen (DN) der Hauptkörper von Hauptbaukörpern sind gemäß den Eintragungen in den Nutzungsbeschreibungen des Lageplans vorgeschrieben.  
Beim Mansarddach bezieht sich die vorgeschriebene Dachneigung auf den Teil unterhalb des Mansardkniecks.  
Abweichend davon sind im WA1 Flachdächer und Dachterrassen bis maximal 20% der Grundfläche des jeweiligen Hauptgebäudes zulässig.  
Mit Dachflächen von Dachaufbauten darf die Flachdachanteile überschritten werden. Bei der Berechnung der hier relevanten Grundfläche des jeweiligen Hauptgebäudes sind Gebäudeanteile, durch die das Grundstück lediglich unterbaut wird, nicht mitzurechnen.  
1.3 Dachaufbauten  
Nach § 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO gelten als Dachdurchbrechungen: Dachaufbauten (z.B. Dachgauben, Witterknie, Zwerchgiebel, Treppentürme, Aufzugsbofahfen usw.), Dachschneise (z.B. Balkone, Loggien) sowie sonstige Dachdurchbrechungen der Dachflächen. Sie sind bei Einhaltung folgender Maße zulässig:  
- Mit einer Gesamtlänge von 60 % der jeweiligen Gebäudelänge (Außenkante Außenwand zu Außenkante Außenwand); eine Gesamtlänge von 70 % der jeweiligen Gebäudebreite, wenn ein Mindestabstand zum First von 2,50 m,  
- Je Dachfläche nur eine Form von Dachaufbauten, eine Form von Dachschneisen und eine Form Dachdurchbrechungen für Erschließungskerne  
- ein Mindestabstand zum First von 0,80 m,  
- ein Mindestabstand zum Ortsgang von 1,00 m (Außenkante Außenwand),  
- ein Mindestabstand zu Kehlen und Giebeln von 1,00 m (horizontal gemessen),  
- ein Mindestabstand zwischen Dachaufbauten von 1,00 m (Außenkanten) und  
- die traufseitige Wandhöhe von 2,70 m über der Rotfußbodenhöhe des betroffenen Raumes eingehalten wird.  
Abweichungen von den vorgenannten Maßen sind im Einzelfall ausnahmsweise möglich, wenn dadurch eine offensichtlich bessere gestalterische Lösung ermöglicht wird. Die Voraussetzungen hierfür können insbesondere bei Bestandsgebäuden vorliegen, wenn die bestehende Dachlandschaft erdacht oder die Fassadengliederung im Dach fortgeführt werden soll. Die Voraussetzungen für eine Abweichung vom Mindestabstand zum Ortsgang können außerdem vorliegen, wenn durch die bestehende Dachkonstruktion die vorgenannten Maße nicht eingehalten werden können.

- 1.4 Fassaden- und Dachgestaltung  
Für die Fassaden- und Dachgestaltung sind glänzende Materialien und grelle Farben sowie verspiegelte Glasflächen unzulässig.

**2. GESTALTUNG DER UNBEBAUTEN GRUNDSTÜCKSFÄCHEN** (§ 74 Abs. 1 LBO)

- 2.1 Gestaltung unbebauter Grundstücksflächen  
Die unbebauten Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten.  
2.2 Stützmauern  
Stützmauern dürfen eine maximale Höhe von 1,20m nicht überschreiten.  
2.3 Gestaltung, Bepflanzung und Nutzung der unbebauten Grundstücksfläche sowie Einfriednungen  
Der vorhandene Geländeverlauf ist zu erhalten und im Baugenehmigungsverfahren in Schnittzeichnungen darzustellen.  
Im Bereich der privaten Grünflächen sind Einfriednungen nur als einheimische standortgerechte Laubbäume oder Gehölze eingebundene Zaune zulässig.

**D KENNZEICHNUNGEN UND HINWEISE**

- 1.1 Füllschema der Nutzungsschablone (Planungsrechtliche Festsetzungen):  
1 Art der baulichen Nutzung  
2 höchstzulässige Grundflächenzahl (GRZ) / höchstzulässige Grundfläche (GR)  
3 höchstzulässige Geschossflächenzahl (GFZ) / höchstzulässige Geschossfläche (GF)  
4 Bauweise  
5 höchstzulässige Wandhöhe (WH) / höchstzulässige Gebäudehöhe (GH)

- 1.2 Füllschema der Nutzungsschablone (Örtliche Bauvorschriften):  
1 Dachform  
2 Dachneigung

- 1.3 Ordnungswidrigkeiten  
Verstöße gegen die örtlichen Bauvorschriften (§ 74 LBO) werden als Ordnungswidrigkeiten nach § 75 Abs. 2 und 3 LBO behandelt.

- 1.4 Hangwasser  
Aufgrund der Hanglage kann es bei Starkregenereignissen zu wild abfließendem Hangwasser kommen. Private Grundstückseigentümer sollen sich über einen privaten Objektschutz gegen dieses schützen.

- 1.5 Energieeinsparung  
Die Nutzung von regenerativen Energien wird durch das EEWärmeG des Bundes beim Neubau vorgegeben. Über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Energieeinsparmaßnahmen werden ausdrücklich empfohlen.

- 1.6 Baugrunduntersuchung, Bewässerungsverfahren  
Es wird empfohlen, objektbezogene Baugrunduntersuchungen und Bewässerungsverfahren durchzuführen.  
1.7 Einleitung in den Mischwasserkanal  
Bei einer Einleitung in einen Mischwasserkanal darf das Regenwasser nur gedrosselt eingeleitet werden (DWA-ATV A 117). Die Drosselmenge ist im Baugenehmigungsverfahren mit dem Tiefbauamt abzusimmen. Als vereinfachter Ansatz kann das Retentionsvolumen mit 3 m³ Stauvolumen für 100 m² befestigte Fläche verwendet werden. Auf Flächen welche in einen Mischwasserkanal entwässern sind Reinigungsbecken z.B. Autowäsche nicht zulässig.  
1.8 Schichtwasserorkommen und "weisse Wanne"  
Wegen des vorhandenen Schichtwasservorkommens sind alle Keller als "weisse Wanne" auszuführen.  
1.9 Bodenschutz  
Mit Boden muss sparsam und schonend (fachgerecht) umgegangen werden. Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktion sind zu vermeiden (§§ 1a Abs. 2 und 3, 202 BauGB §§ 1, 2 und 7 BodsSchG). Hierfür ist bei Bodenarbeiten zu achten. Auf die Broschüre "Bodenschutz beim Bauen" wird verwiesen.  
<http://www.landkreis-ravensburg.de/site/LRA/RV/igp/279923/Flyer-Bodenschutz-beim-Bauen.pdf>

**E PLANUNTERLAGE**

1. Flurstücksgrenzen mit Flurstücksnummer  
2. Haupt- / Nebengebäude, Bestand  
3. Höhenlinie mit Höhenangabe in m ü. NN  
4. Höhenpunkte mit Höhenangaben in m ü. NN  
Koordinatensystem: Gauß-Krüger  
DHHN12 - Höhenstatus 130

**VERFAHRENSVERMERKE**

1. Aufstellungsbeschluss durch den Ausschuss für Umwelt und Technik am 21.06.2017  
2. Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 24.06.2017  
3. Bekanntmachung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 24.06.2017  
4. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung vom 03.07.2017 bis 21.07.2017  
5. Billigung des Bebauungsplanentwurfes und Auslegungsbereich durch den Ausschuss für Umwelt und Technik am 04.12.2019  
6. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung am 04.01.2020  
7. Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes vom 18.11.2019/04.12.2019 bis 13.01.2020  
8. Satzungsbeschluss durch den Gemeinderat gem. § 10 BauGB am 29.06.2020  
und § 74 Abs. 7 LBO  
gez. Bastin (BÜRGERMEISTER)

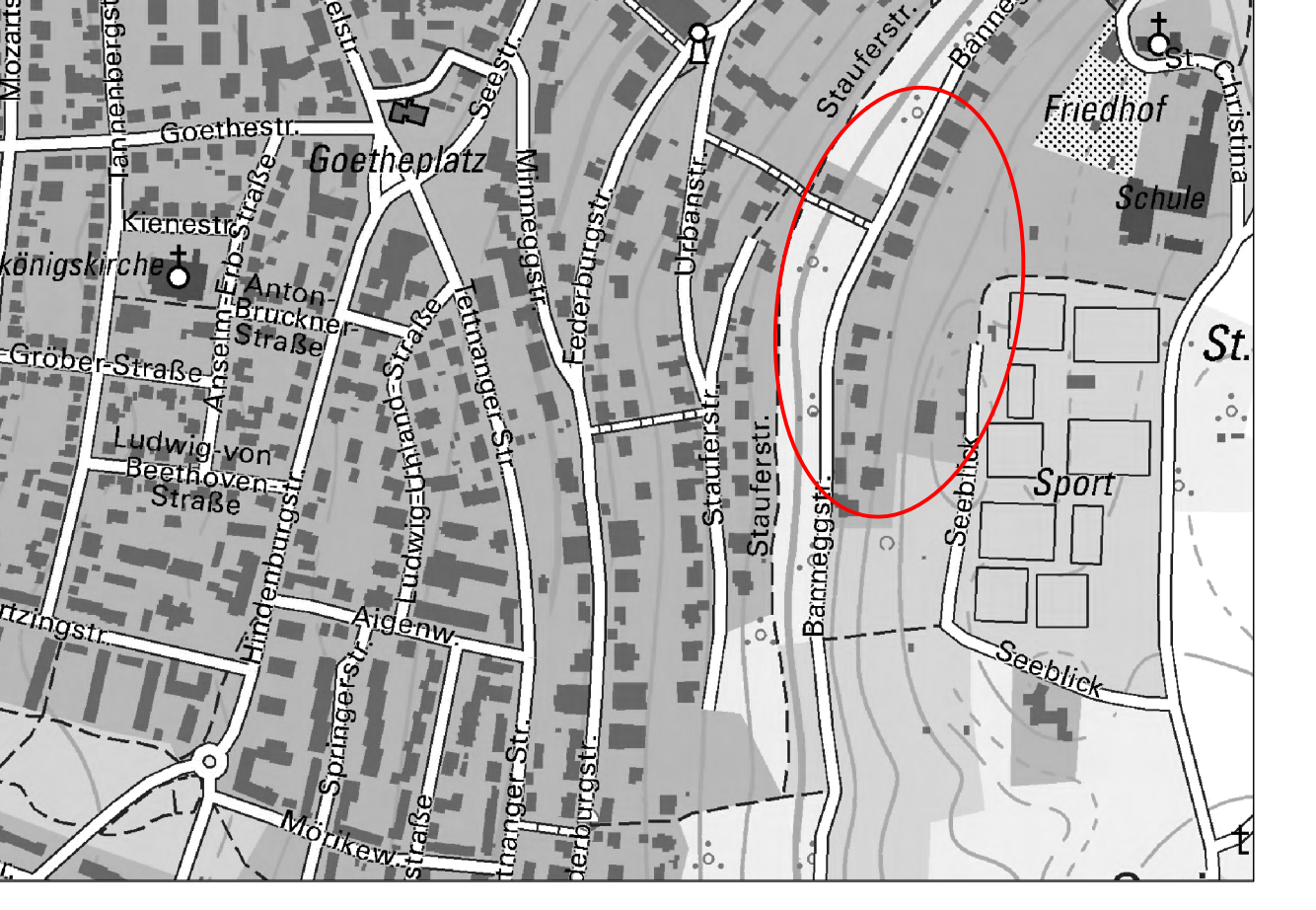
**AUSFERTIGUNG**

Der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplanes stimmt mit dem Satzungsbeschluss vom 29.06.2020 überein. Das Verfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt.  
Ravensburg, den 01.07.2020  
gez. Dr. Rapp (OBERBÜRGERMEISTER)

Ortsübliche Bekanntmachung und Beginn der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes am 04.07.2020  
Ravensburg, den 06.07.2020  
gez. Herrling (AMTSLEITER)

Diese MfHfertigung stimmt mit dem Original überein.  
Ravensburg, den .....  
(STADTPLANUNGSAMT)

**ÜBERSICHTSKARTE**



**Stadt Ravensburg**

LAGEPLANBEZEICHNUNG:  
**BEBAUUNGSPLAN**  
"Banneggsstraße 33 - 61"

Planfassung vom 18.11.2019/04.12.2019/26.02.2020/28.05.2020

PLANVERFASSER Schmid	BÜRGERMEISTER gez. Bastin	AMTSLEITER gez. Herrling	Reg.Nr. 421 Fertigung /
-------------------------	------------------------------	-----------------------------	----------------------------



M 1 : 500

